



Sozialdemokratische Partei der Schweiz / Parti Socialiste Suisse

Zentralsekretariat / Secrétariat central

Theaterplatz 4, 3011 Bern

Postfach / Case postale, 3001 Bern

Tel. 031 329 69 69 / cecile.heim@spschweiz.ch

www.spschweiz.ch / www.pssuisse.ch

Bundesamt für Strassen, ASTRA
Pulverstrasse 13
3063 Ittigen
vernehmlassungen@astra.admin.ch

Bern, 5. Januar 2025

Abgabe auf der Fahrleistung von Elektrofahrzeugen oder Steuer auf dem Ladestrom für Elektrofahrzeuge: Stellungnahme der SP Schweiz

Sehr geehrter Herr Bundesrat,
Sehr geehrte Damen und Herren,

Besten Dank für die Einladung zur Teilnahme an der obenstehenden Vernehmlassung. Gerne unterbreiten wir Ihnen die folgende Stellungnahme.

Zusammenfassung der Vorlage:

Aus Sicht des Bundesrates sollen elektrisch angetriebene Fahrzeuge ab 2030 neu besteuert werden. Dies begründet er damit, dass mit zunehmender Verbreitung der Elektromobilität die für den Bund wichtigen Einnahmen aus den Mineralölsteuern auf fossile Treibstoffe abnehmen. Die neue Besteuerung von Elektro-Fahrzeugen sollen diese Ausfälle kompensieren. Für die Besteuerung schlägt der Bundesrat zwei Varianten vor:

Bei der Variante «Fahrleistung» bemisst sich der zu entrichtende Betrag für ein der Abgabe unterstelltes Elektrofahrzeug nach der Anzahl der im Zollgebiet der Schweiz gefahrenen Kilometer und dem Fahrzeuggesamtgewicht. Es sind je nach Fahrzeugarten wird eine Pauschalabgabe vorgeschlagen.

Bei der Variante «Ladestrom» bemisst sich die Steuer nach der elektrischen Energie in Kilowattstunden, die zum Aufladen der Batterien von Elektrofahrzeugen an eine Ladeeinrichtung zugeführt wird. Auch bei dieser Variante wird für einzelne Fahrzeugarten eine pauschale Steuer vorgeschlagen.

Zusätzlich soll die Bundesverfassung dahingehend angepasst werden, damit die Verwendung der Einnahmen aus der Abgabe bzw. Steuer analog der Verwendung der Mineralölsteuereinnahmen erfolgt.

Stellungnahme der SP:

Aus Sicht der SP ist es zu früh, um eine Besteuerung von elektrischen Fahrzeugen einzuführen. Aus diesem Grund lehnt die SP diese Vorlage ab.

Erst wenn sich elektrisch angetriebene Fahrzeuge in der Schweizer Fahrzeug-Flotte etabliert haben und somit einen gewissen Bestand darstellt, scheint es sinnvoll, eine solche Steuer einzuführen. Heute gibt es erst 251'596 rein elektrische Personenwagen von insgesamt 4'829'539 Personenwagen, wobei der grösste Teil, 3'991'638 Fahrzeuge, mit Benzin oder Diesel angetrieben werden ([Astra-Website](#)). Zudem entwickelt sich die elektrische Fahrzeugflotte nicht so schnell wie gewünscht, was unter anderem auch dem voreilenden Entgegenkommen des Bundesrates den Autoimporteuren geschuldet ist ([MM zur Revision der CO2-Verordnung](#) / [Kassensturz](#)) sowie dem Widerstand der bürgerlichen Mehrheit, den Ausbau für Lade-Infrastruktur von elektrischen Fahrzeugen zu unterstützen. Für die SP ist somit zentral, dass zuerst das rechtlich festgehaltene Netto-Null-Ziel erreicht wird, was den Ausbau der Elektrifizierung des Verkehrs bedingt. Wir befürworten somit die Einführung einer Besteuerung von E-Fahrzeugen erst ab dem Zeitpunkt, ab dem neue Fahrzeuge der entsprechenden Kategorie mit Verbrennungsmotoren nur noch in Ausnahmefällen verkauft werden, also beispielsweise ab 2035, falls das CO2G entsprechend geändert wird.

Sollte dennoch eine Besteuerung eingeführt werden, würde die SP die Variante «Fahrleistung» bevorzugen, die sich an der Anzahl Kilometer und das Fahrzeuggesamtgewicht bemisst. Die Variante «Ladestrom» lehnt die SP entschieden ab. Denn die Erhebung der Steuer an der Ladesäule kann beispielsweise durch die Nutzung einer Industriesteckdose sehr einfach umgangen werden. Die Steuergerechtigkeit wird damit fundamental in Frage gestellt. Zudem würde die zusätzliche Abgabe zu einer Mehrbelastung von Strom führen, der bereits heute mehrfach zur Finanzierung von Infrastruktur und für Förderzwecke belastet ist. Mit gutem Grund wurde eine auf dem Ladestrom basierende Strassenfinanzierung noch nirgends in Europa umgesetzt. Die Schweiz würde hier einmal mehr einen «Swiss finish» produzieren. Gerade im aktuellen wirtschaftspolitischen Umfeld ist das absolut unnötig und vermeidbar.

Würde eine solche Besteuerung eingeführt werden, spricht sich die SP dafür aus, dass die Einnahmen dieser Besteuerung für gute Verbindungen und

Umsteigemöglichkeiten im öffentlichen Verkehr sowie den Ausbau von Park & Ride-Anlagen eingesetzt werden.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse,
SP Schweiz



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Cécile Heim
Politische Fachreferentin